

Der Wirtschaftsstandort Deutschland in der Krise - Welchen Beitrag können Schulen und Hochschulen für die Qualitätssicherung des Standortes leisten?

Einleitung

Der Wirtschaftsstandort Deutschland ist wieder einmal ins Gerede gekommen. Ich sage mit Betonung „wieder einmal“, denn auch dieses Thema hat seine Konjunkturen: In der Mitte der 70-er Jahre, dann erneut Anfang der 80-er, schließlich Mitte der 80-er und dann schon wieder nach dem Ende des Vereinigungsbooms zu Beginn des noch laufenden Jahrzehnts stand das Thema ganz oben auf der Tagesordnung von Symposien, Parteitagen und bei TV-Gesprächsrunden.

Können wir also, wie manche Beobachter der deutschen Szene meinen, zur Tagesordnung übergehen in dem Bewußtsein, daß die Deutschen mal wieder mit ihrem Krisengerede ihre eigene von Ausländern immer schon spöttisch belächelte Befindlichkeit und nicht die tatsächliche Situation beschreiben?

Wirtschaftsstandort: Begriff und Messung

Will man auf diese Frage eine befriedigende Antwort geben, dann muß zunächst einmal geklärt werden, worum es eigentlich in dieser Diskussion geht. Was ist ein „guter“ Wirtschaftsstandort? Die Antwort kann man folgendermaßen formulieren:

Ein guter Wirtschaftsstandort zeichnet sich dadurch aus, daß er Personen sozusagen „magisch“ anzieht, die

- etwas unternehmen wollen,
- die investieren,
- die neue Produkte und Produktionsverfahren,
- neue Organisationsmethoden,
- neue Märkte

kreieren wollen.

In der Sprache der Ökonomen heißt das dann: Unter Standortqualität wird die Fähigkeit eines Landes, einer Region verstanden,

- mobile Ressourcen
- Finanz-und Sachkapital,
- unternehmerisches Know how oder auch
- hochqualifizierte Spezialisten

an sich zu ziehen.

Wissen wir jetzt, was der Ausdruck „Standortqualität“ bedeutet, so besteht unser nächstes Problem darin, den Grad der Standortqualität zu messen.

Fragt man die Unternehmer direkt, was sie von dem Standort Deutschland halten, dann ergibt sich immer die gleiche Mängelliste:

- zu hohe Arbeitskosten (Lohn-und Lohnnebenkosten)
- zu kurze Arbeits-und Maschinenlaufzeiten
- zu hohe Energiekosten
- zu hohe Umweltauflagen
- zu hohe Steuern und Abgaben
- zu starke staatliche Regulierungen

Dieses Verfahren, die Standortqualität durch Befragung der Unternehmer zu messen, stößt auf folgende Kritik: Haben die Unternehmer nicht immer schon geklagt und gejammert, gibt es überhaupt einen deutschen Unternehmer, der jemals mit seiner Situation zufrieden war und dies auch noch öffentlich geäußert hat?

Diese Kritik hat eine Fülle von empirischen Standortanalysen hervorgebracht, in denen mit Hilfe sogenannter objektiver Indikatoren - im Gegensatz zu den „subjektiven“ Meinungen der Unternehmer - die Standortqualität gemessen wurde.

Das Ergebnis dieser Analysen ist aber nicht eindeutig. Sie kommen zwar in ihrer Mehrzahl zu dem Ergebnis, daß der Wirtschaftsstandort Deutschland Schwächen aufweist und in der internationalen Rankingliste zurückgefallen ist, lassen aber durchaus die Interpretation zu, daß „der Standort Deutschland besser ist als sein Ruf“.

Abwanderung und Widerspruch

Da also die eben beschriebenen empirischen Versuche, die Frage nach der Standortqualität zu beantworten, nicht so erfolgreich wie erwartet ausfallen, müssen wir einen anderen Weg beschreiten. Diesen Weg hat der Ökonom Hirschman gewiesen. Hirschman hat sich folgende Frage gestellt: Wie reagieren eigentlich Menschen in ihren verschiedenen Rollen, wenn sie mit ihrer Situation unzufrieden sind?

Seine Antwort lautet:

- Wenn sie sich nicht mit ihrem „Schicksal“ abfinden und resignieren
- durch Abwanderung und / oder
- durch Widerspruch.

Welche dieser aktiven Reaktionsmöglichkeiten Frauen und Männer wählen, hängt von zwei Faktoren ab:

1. von der Höhe der Abwanderungs - bzw. Widerspruchskosten
2. von den Erfolgsaussichten der Abwanderung bzw. des Widerspruchs.

Wenden wir dieses Konzept auf die Situation der Unternehmer nicht nur in unserem Lande an, dann kann man verkürzt folgendes sagen:

Gestern hatten die Unternehmer in erster Linie folgende Möglichkeiten, auf schlechte Standortbedingungen zu reagieren:

- Sie konnten resignieren oder Widerspruch anmelden.

Heute eröffnet sich ihnen immer öfter die dritte Option:

- Sie können Deutschland den Rücken kehren, also abwandern.

Diese dritte Option ist für Unternehmer deswegen interessanter geworden, weil die Kosten der Abwanderung niedriger und die Erfolgsaussichten der Abwanderung höher sind, als es in der Vergangenheit der Fall war.

Globalisierung der Wirtschaft

Dies ist sicherlich auch eine Folge des Prozesses, den man „Globalisierung der Wirtschaft“ nennt und der folgende für Unternehmer zunächst günstige Merkmale aufweist:

1. In vielen Ländern - und nicht nur in den klassischen Industrieländern - gibt es mittlerweile qualifizierte Arbeitskräfte zu niedrigen Kosten
2. Die Kommunikations- und Transportkosten über die Grenzen hinweg sinken dank der modernen Technologien
3. Die Handelsschranken im Waren-, Dienstleistungs- und vor allem im Kapitalverkehr werden dank der liberaleren Politik der Länder abgebaut
4. Dank des Zusammenbruchs des real existierenden Sozialismus und einer geänderten Einstellung in den Entwicklungsländern wird die Rolle der Unternehmer weltweit positiver gesehen als in der Vergangenheit.

Viele Indizien sprechen dafür, daß auch deutsche Unternehmer nicht mehr nur klagen oder resignieren, sondern sozusagen „mit den Füßen darüber abstimmen“, daß der Standort Deutschland ein schlechter Standort ist.

Im Zuge der Globalisierung müssen allerdings auch die deutschen Unternehmen weltweit auf den Märkten mit anderen Unternehmen, die ja die gleichen günstigeren Bedingungen vorfinden, in verschärften Wettbewerb treten. Somit hat die Globalisierung - was häufig vergessen wird - für die Unternehmen nicht nur angenehme sondern auch unangenehme Seiten.

Dieser Prozeß der Globalisierung weckt zwiespältige Gefühle und provoziert sehr unterschiedliche Reaktionen in den ideologischen Lagern. Während Konservative die abwandernden Unternehmer als „Vaterlandsverräter“ brandmarken, sehen Sozialisten hier endlich wieder eine Chance, dem internationalen Kapitalismus die Leviten zu lesen. Nur Liberale sehen diese Entwicklung positiv, da dadurch der Leviathan Staat in seine Schranken verwiesen wird.

Ökonomen verstehen nicht ganz die Aufregung, die heute das Wort Globalisierung auslöst.

Denn:

1. Diese Entwicklung in Richtung eines Weltwirtschaftssystems mit zunehmender internationaler Arbeitsteilung, die dieser Ausdruck beschreibt, gibt es ja nicht erst seit heute.
2. Die These, daß der Prozeß der Globalisierung in der Gegenwart viel schneller verläuft als in der Vergangenheit, ist durchaus umstritten.

3. Wie jede andere Form der Arbeitsteilung auch hat die Globalisierung folgende Auswirkungen:
- Der allgemeine Wohlstand - und zwar der Wohlstand auch in den Nichtindustrieländern - wird steigen.
 - Da bei diesem Prozeß Strukturveränderungen stattfinden, wird immer wieder von neuem unser aller Anpassungsbereitschaft und Anpassungsfähigkeit - unsere Mobilität und Flexibilität - auf die Probe gestellt.
 - In diesem vernetzten „Weltdorf“ wird die gegenseitige Abhängigkeit zunehmen.

Das wußten aber die klassischen Nationalökonomien, die Väter der heutigen Nationalökonomie, schon vor 200 Jahren.

Ziehen wir eine Schlußfolgerung aus dem bisher Gesagten, dann kann sie nur folgendermaßen lauten: Wenn wir unseren Wohlstand erhalten, Wachstum und Beschäftigung stärken wollen, dann müssen wir uns dem internationalen Wettbewerb stellen.

Wir, das sind

- die deutschen Unternehmer
- die deutschen Arbeitnehmer und auch
- die deutschen Politiker, die die Standortqualität über ihre Maßnahmen stark beeinflussen.

Die Lage an Schulen und Hochschulen

Was hat das alles aber mit den Schulen und Hochschulen zu tun, wird sich der eine oder andere fragen. Wer so denkt, hat noch nicht verstanden, daß in einer Zeit, in der nationale Volkswirtschaften immer mehr ihre Abschottung gegenüber anderen Volkswirtschaften aufgeben wollen und manchmal auch müssen, auch die Teilsysteme einer Volkswirtschaft, also auch das Bildungssystem, davon nicht unberührt bleiben. Auch die Schulen und Hochschulen und ihre Leistungen werden zukünftig einem verschärften auch internationalen Wettbewerb ausgesetzt sein.

Wie steht es aber um die Qualität des Bildungssystems? Sind die Schulen und Hochschulen bereit und in der Lage, auf diese Entwicklungen in angemessener Weise zu reagieren?

Eine erste Antwort auf diese Frage fällt nicht gerade positiv aus. Seit Ende des 2. Weltkriegs, seit meiner Schulzeit also, beklagen sich Schüler, Lehrer und Eltern, Studenten und Professoren, Politiker, Unternehmer und andere über die Lage an den Schulen und Hochschulen und sind unzufrieden mit den Leistungen, die dort erbracht werden. Zwar jagte eine Reform die andere, aber anscheinend ergaben sich daraus keine Verbesserungen, denn die Klagen sind immer die gleichen geblieben.

Wie anders sieht es gegenüber dieser Situation in der „Bildungsindustrie“ offenbar z.B. in der Automobilindustrie aus. Auch hier gab und gibt es in der gleichen Zeitperiode konjunkturelle Auf und Abs, strukturelle Anpassungsprobleme, von denen gerade jetzt die Automobilindustrie gebeutelt wird. Aber das Produkt hat sich, das wird niemand leugnen wollen, in dieser Zeit

seit dem Ende des 2. Weltkriegs enorm verbessert: Die damaligen Autos waren nach heutigem Standard langsam, reparaturanfällig, durstig, umweltfeindlich und unsicher.

Wie ist dieser Unterschied zu erklären? Liegen die Ursachen dafür

- beim Produkt, das im Bildungssystem produziert wird
- bei den im Bildungssystem handelnden Personen oder
- in den Spielregeln, in der Ordnung also, die im Bildungssystem Geltung hat?

Das Gut Bildung

Zunächst ist festzuhalten, daß auch im Bildungssystem Güter produziert und an die Frau und an den Mann gebracht werden, die deren Bedürfnisse befriedigen oder auch nicht befriedigen. Diese Güter, die ich hier pauschal „Bildung“ oder „Ausbildung“ nenne, fallen nicht vom Himmel, sondern müssen - wie jedes andere wirtschaftliche Gut auch - durch den Einsatz von knappen Ressourcen hergestellt werden.

Das Gut Bildung hat des weiteren - wie andere Güter auch - den Charakter eines Konsum- und/ oder eines Investitionsgutes. Wer sich bildet und damit Einstellungen, Präferenzen und Werte, Fähigkeiten und Kenntnisse, ein Know how erwirbt, sich Wissen und Regeln aneignet, der verbindet damit durchaus auch die Befriedigung von Konsumbedürfnissen. Sie und Er erwarten davon aber darüber hinaus eine Rendite, wobei der Inhalt des Ausdrucks „Rendite“ sehr weit gefaßt ist und nicht nur monetäre Elemente umfassen muß.

Gerade die zweite Komponente der Bildung - ihr Investitionscharakter - hat das besondere Interesse der Ökonomen gefunden. Bildung ist eine Form der Investition in das sogenannte Humankapital; Weiterbildung eine Erneuerungsinvestition, mit der vorhandenes Humankapital, soweit es überholt ist, ersetzt und auf den neuesten Stand gebracht wird. Forschung ist danach ein Erfindungsverfahren, bei dem es zunächst zumindest in der Grundlagenforschung offen ist, ob sich die Ergebnisse wirtschaftlich verwerten lassen, während bei der angewandten Forschung die wirtschaftliche Verwertung ein wichtiges, wenn nicht das einzige Ziel darstellt.

Die Qualität des Bildungssystems

Da auch das Gut Bildung - wie schon erwähnt - produziert werden muß, stellt sich die Frage nach der Effizienz der Produktion. Denn niemand wird ernsthaft der Meinung sein, daß das Gegenteil von Effizienz - Verschwendung nämlich - in Schulen und Hochschulen gerade in einer Zeit der besonders knappen Mittel ein sinnvolles Ziel darstellt.

Neben der Effizienz der Produktion ist es - zumindest aus ökonomischer Sicht - auch ein wichtiges Ziel, daß Schulen und Hochschulen ein Gut produzieren, das für die Nachfrager nach Bildung von Nutzen ist.

Drittens steht es jedem System - auch dem Bildungssystem - gut zu Gesicht, wenn es anpassungsfähig ist.

Ist aber das deutsche Bildungssystem
- speziell die Schulen und Hochschulen -

- effizient

- Nutzen schaffend und
- anpassungsfähig?

Das staatliche Bildungsmonopol

Betrachtet man Schulen und Hochschulen und wirft einen kurzen Blick in ihre Geschichte, dann stellt man mit einer gewissen Überraschung fest, daß das Grundkonzept - Reformen hin, Reformen her - aus dem 19. Jahrhundert stammt. Des weiteren wird klar, daß wir hier ein fast lückenloses staatliches Monopol vor uns haben.

Der Staat

- erstellt das Angebot selbst (Lehrer und Professoren sind Beamte oder öffentliche Angestellte)
- er bestimmt mehr oder weniger die Inhalte des Angebots (Lehrpläne für Schulen und ähnliche Bestrebungen auch bei den Hochschulen)
- er finanziert die Kosten des Angebots über Zwangsabgaben (Steuerfinanzierung der Schulen und Hochschulen)
- er zwingt jedermann zu bestimmten Bildungsanstrengungen (allgemeine Schulpflicht)

Nun haben Ökonomen im Laufe der Jahrhunderte schon viel Schweiß und Tinte über Monopole im allgemeinen und staatliche Monopole im besonderen vergossen. Ein Ergebnis hat sich aber immer wieder bestätigt: Monopole arbeiten ineffizient.

Slack

Neuere Forschungsergebnisse zeigen darüber hinaus, daß alle Organisationen - nicht nur Monopole - je länger sie existieren, „Slack“, wie die Amerikaner sagen, aufweisen, was im Deutschen etwa mit „Luft“, „Schlupf“ oder „Schlaffheit“ zu übersetzen ist. Oder volkstümlich ausgedrückt: Es gibt in allen Organisationen, ob in Unternehmen, Behörden und auch in Schulen und Hochschulen, Personen, die „eine ruhige Kugel schieben“.

Nutzen für die Nachfrager

Kommen wir zum zweiten Qualitätsmerkmal, dem Nutzen für die Nachfrager. Der ökonomische Nutzen besteht in der subjektiven - positiven wie negativen - Einschätzung des Nachfragers, die er durch seine Zahlungsbereitschaft zum Ausdruck bringt. Ein „gutes“ Auto ist nicht deswegen gut, weil irgendwelche Techniker oder andere Experten das Auto für gut befinden, sondern weil es gut verkauft wird. Dahinter steht ein bestimmtes Menschenbild, nämlich die Auffassung, daß jeder Mensch selbst am besten weiß, was für ihn gut ist.

Betrachtet man daraufhin die Schulen und Hochschulen, dann fällt sofort auf, daß gegen die eben beschriebene „Konsumentensouveränität“ in eklatanter Weise verstoßen wird. Am auffälligsten ist dieser Befund in den Schulen, in denen die Nachfrager - die Schüler und deren Eltern - so gut wie keinen Einfluß auf Produktmenge und Produktqualität haben, in denen vielmehr eine zentralistische staatliche Schulbürokratie praktisch alle relevanten Entscheidungen trifft.

Hier verhält sich der Staat wie ein privater Anbieter z.B. von Autos, der die Macht hat, den Preis für Autos festzusetzen, die Abnahmemenge vorzuschreiben und der überdies verbieten

könnte, anstatt Autos ein anderes Gut zu kaufen. Es gehört zu den Paradoxien der Gegenwart, daß hier die Menschen sich Dinge gefallen lassen, die sie bei einem privaten Anbieter auf das Schärfste verurteilen würden.

Da in den staatlichen Schulen die Abwanderung teilweise nicht möglich (Schulpflicht und sogar Pflichtschule) und häufig auch nicht sinnvoll ist, da die Schulen überall ein zwangsweise standardisiertes Produkt anbieten, bleibt als Reaktion auf fehlende Qualität nur der Widerspruch. Da aber z.B. Verwaltungsgerichtsverfahren in vielerlei Hinsicht kostenintensiv sind, verstärken sich immer mehr aggressive Formen des Widerspruchs wie Vandalismus und kriminelle Handlungen jeder Art.

In den Hochschulen sieht die Lage etwas besser aus. Schließlich gibt es keinen Hochschulzwang. Die Nachfrager, Studentinnen und Studenten, sind aber auch hier keine Kunden, die durch ihre Zahlungsbereitschaft zum Ausdruck bringen können, was ihnen gefällt oder nicht gefällt. Bildung gibt es auch hier wie an den Schulen zum Nulltarif, was Personen an die Hochschulen lockt, die weder studierwillig noch studierfähig sind.

Die Situation an den Hochschulen hat der Ökonom Woll einmal so formuliert: „Das Gut Bildung wird von Produzenten (Professoren) angeboten, die sich nicht nach der Nachfrage richten müssen, von Nachfragern (Studenten) in Anspruch genommen, die die Kosten des Angebots nicht zu bezahlen brauchen, und von Personen finanziert (Steuerzahler), die auf Angebot und Nachfrage keinen Einfluß haben.“

Anpassungsfähigkeit

Was bleibt, ist noch die Beantwortung der Frage nach der Anpassungsfähigkeit des Bildungssystems. Der Ökonom Stützel hat einmal „Organisationsformen mit eingebautem Selbstauftrieb“ von „Organisationen mit eingebauter Selbstzersetzung“ unterschieden. Er zählt Schulen und Hochschulen zur zweiten Kategorie. D.h.: Sie sind wegen der dort herrschenden Spielregeln - und nicht wegen der dort handelnden Personen - nicht in der Lage, sich aus eigenen Kräften aus schwierigen Situationen zu befreien.

Therapiemöglichkeiten

Nach diesen Diagnoseskizzen einige Ausführungen zur Therapie. Um das Bildungssystem effizienter, qualitativ besser, kundenfreundlicher und flexibler zu machen, muß man Einfluß nehmen auf das Verhalten der dort tätigen Menschen.

Dazu gibt es drei Möglichkeiten:

1. Die Schaffung von (mehr) Eigenmotivation
2. Die Ausübung von (mehr) Zwang
3. Die Setzung von (mehr) Anreizen

Eigenmotivation

Ökonomen stehen im allgemeinen der Möglichkeit, die offensichtlichen Probleme des Bildungssystems mit einem Appell an die Eigenmotivation, sprich an die „Berufsmoral“ der in den Schulen und Hochschulen handelnden Personen, der Lehrer und Schüler, der Studenten und Professoren und auch der Bürokraten, zu lösen, sehr skeptisch gegenüber: Diese Option wird nicht von ungefähr abfällig „Seelenmassage“ genannt.

Die Forschungsergebnisse der letzten Jahre zeigen allerdings, daß diese totale Ablehnung nicht aufrechterhalten werden kann. Der Aufbau einer „Unternehmenskultur“ im weitesten Sinne auch an Schulen und Hochschulen kann zumindest ergänzend eine positive Funktion spielen.

Zwang

Die Option „Zwang“ ist diejenige Möglichkeit, die Bürokraten und besonders staatliche Bürokraten sofort ins Auge fassen, wenn sie an Problemlösungen denken. Und in der Tat kann sich ein kreativer Mensch noch eine Menge zusätzlicher Zwangsinstitutionen an Schulen und Hochschulen vorstellen. Man kann beispielsweise die noch vorhandenen zeitlichen Handlungsspielräume der „faulen Säcke“ (Ministerpräsident Schröder) unter den Lehrern und Schülern, unter Professoren und Studierenden durch Anwesenheitszwang beseitigen, damit diese die Zeit, in der sie gefälligst lehren und lernen sollen, nicht mit Freizeitaktivitäten und sonstigen „Nebentätigkeiten“ verbringen.

Eine solche Lösungsstrategie würde aber die ordnungspolitischen Diskrepanzen, die heute schon zwischen dem Bildungs- und dem allgemeinen Wirtschaftssystem bestehen, weiter verstärken. Man muß sich vor Augen halten, daß noch vor hundert Jahren Bildungssystem und Wirtschaftssystem nach dem gleichen ordnungspolitischen Muster gestrickt waren: Befehl und Gehorsam, Disziplin und Pflichterfüllung waren die gemeinsamen Merkmale. Heute zählen in modernen Unternehmen Eigeninitiative, Eigenverantwortung, Eigenmotivation.

Den auch in Unternehmen allgegenwärtigen Slack versucht man nicht dadurch zu verringern, daß neue und effizientere Kontrollmechanismen eingeführt werden, sondern dadurch, daß eigenverantwortliche Bereiche geschaffen und schließlich Mitarbeiter, Abteilungen, ganze Hierarchieebenen aus der innerbetrieblichen Hierarchie entlassen und dem Marktprinzip von Angebot und Nachfrage überlassen werden.

Um das Auseinanderdriften der beiden Systeme in das bekannte Schwarz-Weiß-Schema zu pressen: Während das Wirtschaftssystem - siehe Globalisierung - immer kapitalistischer wird, versucht man, wenn man den Weg zusätzlicher Zwangsinstitutionen geht, Schulen und Hochschulen als „Inseln des Sozialismus“ aufrecht zu erhalten. Dabei finden die Sozialisten in den Konservativen enge Mitstreiter, da sie beide staatlich-zentralistische Lösungen den marktwirtschaftlich-dezentralen vorziehen.

Anreize

Eine Möglichkeit, diese augenfälligen ordnungspolitischen Diskrepanzen zwischen Bildungssystem und allgemeinem Wirtschaftssystem abzubauen, liegt darin, auf die dritte Option, die Strategie der Anreize, zu setzen.

Zwei wichtige Elemente dieses Konzepts sind:

- Mehr Wettbewerb auf der Angebotsseite des Bildungssystems
- Mehr Konsumentensouveränität für die Nachfrager nach Bildung

Eine erste Variante sieht im Wettbewerb der bestehenden Schulen und Hochschulen um die staatlichen Finanzierungsressourcen die Lösung der Probleme. Es sollen Kosten - und Leis-

tungskennziffern entwickelt werden, nach denen dann der Staat die finanziellen Ressourcen zuteilt in der Hoffnung, dadurch Schulen und Hochschulen in Richtung mehr Effizienz steuern zu können.

Es drängt sich hier der Vergleich mit einem wirtschaftlichen Großunternehmen wie z.B. VW auf, das über das Land verteilt, in verschiedenen Betrieben bestimmte Produktvarianten herstellt und dessen Betrieben nach Kosten- und Leistungskennziffern Ressourcen zugewiesen werden.

Ein solcher Wettbewerb um knappe Finanzierungsressourcen auch im Schul- und Hochschulbereich ist sicherlich im Hinblick auf mehr Effizienz durchaus sinnvoll.

Volkswirtschaftlicher Wettbewerb

Diese Art von Wettbewerb trifft aber nicht die Pointe des volkswirtschaftlichen Wettbewerbsgedankens. Hätte es in der Nachkriegszeit nur diese Form des Wettbewerbs in der Automobilindustrie gegeben, dann wären auch wir nicht - ähnlich wie die DDR mit ihrem Trabi - über den „Käfer“ hinausgekommen.

Man sollte sich nämlich darüber im klaren sein:

Das „volkseigene“ Unternehmen VW - so genannt von Mitarbeitern dieses Unternehmens - stellt - etwas überspitzt formuliert - nur deswegen gute Autos her, weil der nationale und internationale Wettbewerb mit anderen Automobilunternehmen es dazu zwingt.

Würde man diese Idee des Wettbewerbs, die auch den Wettbewerb als Entdeckungsverfahren (Nobelpreisträger v. Hayek) für die besten Produkte einschließt, im Schul- und Hochschulbereich wirklich ernst nehmen, müssen auch andere, nichtstaatliche - auch internationale - Wettbewerber die Chance haben, gegen die staatlichen Schulen und Hochschulen anzutreten. Schon eine solche Vielfalt von Wettbewerbern würde zu mehr Konsumentensouveränität und mehr Effizienz führen, denn dann hätten die Nachfrager wirklich echte Wahlmöglichkeiten.

Vollständige Konsumentensouveränität wäre aber erst dann gegeben, wenn die Nachfrager selbst Instrumente zur Verfügung hätten, mit denen sie das Bildungssystem nach ihren Wünschen steuern könnten. Das wirkungsvollste dieser Instrumente ist und bleibt aus ökonomischer Sicht die Zahlung von Gebühren: und zwar von unterschiedlichen Gebühren. Eine solche Steuerung auch des Bildungssystems über Preise würde auf jeden Fall die ordnungspolitischen Diskrepanzen zwischen Bildungs- und Wirtschaftssystem ebnen, darüber hinaus aber zur Effizienz, Qualität und Anpassungsfähigkeit einen entscheidenden Beitrag leisten.

Wer das nicht glaubt, sollte sich einmal ein Szenario vor Augen führen, in dem in der Automobilindustrie alle Autos zum Nulltarif zu haben wären.

Zusammenfassung

Ich fasse kurz zusammen:

- Die zunehmende internationale Arbeitsteilung, „Globalisierung der Wirtschaft“ genannt, hat Schwächen des Standortes Deutschland zutage gefördert.

- Wollen wir unseren Wohlstand erhalten, dann müssen wir uns - Unternehmer, Arbeitnehmer und Politiker - dem internationalen Wettbewerb stellen.
- Davon bleibt auch das Bildungssystem -und damit auch die Schulen und Hochschulen - nicht verschont: Sie müssen effizienter, kundenfreundlicher und anpassungsfähiger werden.
- Der Weg zu diesen Zielen über mehr Zwang ist kontraproduktiv. Nur der Weg über mehr Wettbewerb und mehr Markt ist erfolgversprechend.